

Es gilt das gesprochene Wort

## **Wirtschaftlicher und politischer Handlungsspielraum eines Drittlandes**

Referat Ueli Forster, Präsident von economiesuisse

8. Internationale Informationstagung des „europa forum luzern“

Montag, 27. Oktober 2003

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Bemühungen des europa forum luzern, Brücken zwischen der Schweiz und der Europäischen Union zu bauen verdienen auch unsere Unterstützung. Zu wichtig ist die EU für die Schweizer Wirtschaft, als dass wir uns der Aufgabe entziehen könnten, uns laufend mit allen Optionen auseinanderzusetzen. Und dazu gehört auch das Ausloten unseres Handlungsspielraums. Dass dieser keine fixe Grösse ist, sondern sich gleich eines beweglichen Zieles vor immer neue Herausforderungen stellt, ergibt sich allein schon aus der Dynamik der Entwicklung der EU. In diesem Sinne hat auch meine Analyse und haben meine Schlussfolgerungen vorläufigen Charakter.

Zunächst sei festgestellt, dass ich bei dem im Titel meines Referates vorgegeben Begriff eines Drittlandes das Drittland Schweiz verstehe. Gleiche Überlegungen haben also für andere Drittländer kaum dieselbe Bedeutung.

Der zweite mir vorgegebene Begriff, „Handlungsspielraum“ impliziert wohl, dass dieser begrenzt ist. Ob dem so ist, möchte ich aus wirtschaftspolitischer Optik nachgehen: Ist er mehr defensiv, mit klar umrissenen Grenzen, gleich einem Affen im Käfig, oder eben umgekehrt grösser als derjenige eines Mitgliedes der EU, gleich einem Tier in freier Wildbahn?

Sodann gehe ich von einer Zielsetzung für die Schweiz aus, welche in erster Linie wirtschaftliche Aspekte, also die Mehrung des Wachstums zum Ziel hat, also ideelle und politische Aspekte weitgehend ausklammert. Denn je stärker das Tier in der freien Wildbahn ist, um so schwieriger hat es die überall lauernde Konkurrenz.

Nach einer summarischen Lageanalyse möchte ich den Handlungsspielraum im Verhältnis zur Europäischen Union je im Aussen- und im Binnenbereich ausleuchten, um dann noch aufzuzeigen, wo economiesuisse und ich persönlich die Stossrichtung sehen.

## 1. Zur Lageanalyse

In seinen epistulae morales umschrieb Seneca die Bedeutung klarer Zielsetzungen wie folgt: „Wer den Hafen nicht kennt, in den er segeln will, für den ist kein Wind ein günstiger“. Abgeleitet auf den spezifischen Charakter der Willensnation Schweiz scheint mir die Situation so, dass wir weder unseren Zielhafen kennen noch die künftigen Winde zu beurteilen vermögen, welche unser Schiff treiben werden. Wir Schweizer sind keine Abenteurer, welche einfach irgendwohin auslaufen. Wir wollen die Winde kennen, den Kurs klar abstecken können. Entsprechend wollen wir das Ziel kennen. Nun ist die EU eben auch ein ideelles Gebilde, faszinierend in Dynamik und Entwicklung, ein Projekt historischer Dimension, das auf der bestehenden europäischen Wertegemeinschaft aufbaut, Werte, die auch Schweizer teilen, aber eben wegen der visionären und ideellen Momente nie abschliessend und klar definiert werden können. Eine Flotte, welche noch im Hafen weilt, nennen die Engländer „Fleet in being“. So ähnlich kommt mir die Schweiz vor.

In unserer „Standortbestimmung zur Schweizerischen Integrationspolitik“ von economiesuisse vom Oktober 2002 haben wir fünf Feststellungen zum Status des Drittlandes Schweiz in Europa gemacht:

1. Nach der EU-Erweiterung reduziert sich die Zahl der Nicht-EU-Mitgliedstaaten im wesentlichen auf die vier EFTA-Länder und auf mehrere GUS- und Balkanländer sowie Kleinstaaten.
2. Im globalen Umfeld wird die Vertretung der Interessen der Schweiz neben den grossen Akteuren komplexer.
3. In gewissen Aufgabenbereichen stösst der Nationalstaat immer mehr an Grenzen.
4. „Drittstaaten“ haben Ausgleichs- und Ventilfunktionen. Sie können Vermittlerdienste leisten.
5. Geschichtliche Prozesse benötigen Zeit.

Heute – nur ein Jahr später - ist die EU-Erweiterung greifbar nahe Realität: Mit dem Beitritt von zehn neuen Staaten wird ein wirtschaftlich und politisch äusserst bedeutender und grosser Schritt zur Integration West- und Osteuropas getan. Damit verbunden ist ein weiteres Element, das für unsere weitere Lagebeurteilung wichtig ist: Die Union muss sich intern besser organisieren. Die vom Konvent vorgeschlagene künftige EU-Verfassung zeigt einen möglichen Weg. Dieser mag pragmatisch und für zukunftsorientierte und konzeptionell denkende Mitbürger enttäuschend ausfallen. Dennoch wird die neue Verfassung, sofern sie in dieser Form angenommen wird, die Ausgangsbasis für weitere Entwicklungen sein. In einem gewissen Sinn erinnert die Übung in der EU an die Nachführung der Bundesverfassung der Schweiz, wo lediglich eine Neuschreibung des früheren „Verfassungswirrwars“ beabsichtigt war. Wie weit die neue EU-Verfassung demokratischen und liberalen Zielsetzungen entsprechen wird, kann derzeit noch nicht abschliessend beurteilt werden. Unsere englische Schwesterorganisation, die Confederation of British Industries beispielsweise befürchtet, dass die „Downside risks“ grösser seien als die „opportunities“. Konkret wird die Erosion wesentlicher Stärken der britischen Wirtschaft befürchtet, so vor allem des flexiblen Arbeitsmarktes und generell der Fähigkeit, eine eigenständige Wirtschafts- und Finanzpolitik zu betreiben. Mit diesem einen Beispiel möchte ich die gemachte Aussage unterstreichen, dass die Entwicklung der EU auf längere Zeit hinaus eher einem „moving target“ als einem sicheren Hafen gleichen wird. Dass die

Winde auch aus der übrigen Welt sehr unterschiedlich wehen, macht die Situation für das Drittland Schweiz nicht einfacher.

Das geschriebene Recht der EU ist aber nur eine Seite. Die politische Union wird derzeit nicht von liberalen Politikern bestimmt. Und das hat Konsequenzen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld. Nicht umsonst verursacht der schwerfällige soziale Unterbau der EU und die daraus resultierenden Konsequenzen erhebliche Probleme. Generell bekundet die Wohlstands- und Absicherungsgesellschaft Europas immer grössere Schwierigkeiten, im dynamischen und aggressiven globalen Umfeld zu bestehen. Es erstaunt nicht, wenn Reisende aus Asien sich bei uns in Europa in einer Art Museum wähnen. Oder umgekehrt: Wenn Reisende aus Europa gewisse Städte Asiens im jährlichen Intervall besuchen, haben sie Mühe, sich angesichts der Rasanz der Entwicklung noch zurecht zu finden.

Ein weiteres kommt dazu: In der Union erheben grosse Mitgliedstaaten den Anspruch, die Weisheit gepachtet und das Sagen zu haben. Die Ausfälle des französischen Staatspräsidenten gegen die Irakpolitik Polens oder die Lektion Deutschlands an die Adresse Irlands in Sachen Steuerpolitik zeigen, welches das Selbstverständnis in Politikerkreisen dieser Staaten ist; den Fall Österreich brauchen wir gar nicht erst wieder aufzuwärmen. Solche Fehltritte nehmen in jüngerer Zeit in der Union eher zu als ab, was aus Sicht von Kleinstaaten Fragen aufwirft und das von schweizerischen Beitrittsbefürwortern immer wieder betonte politische Mitspracherecht in ein etwas anderes Licht rücken lässt.

Es sind somit politische und wirtschaftliche Überlegungen, welche bei Schweizer Unternehmern in den letzten Jahren immer mehr dazu führten, die Beitrittsfrage mit Vorsicht anzugehen. Wohl verstanden: Auch in der Wirtschaft gehen die Ansichten diesbezüglich auseinander. Die Frage, welche – jenseits jeder politischen Ideologie – sich für Unternehmer stellt, bleibt jedenfalls die, ob sich die Schweiz den Status eines Drittlandes in einem integrierten Europa leisten kann und will: Inwieweit laufen wir Gefahr, in ein Abhängigkeitsverhältnis zu laufen, welches für uns nicht mehr akzeptabel ist? Und aus Sicht der EU und vor allem aus Sicht ihrer Mitgliedstaaten lautet die Frage: Sind für sie Aussenseiter nützlich oder wirken sie störend. Sind wir für einzelne Länder gewissermassen eine Art nützliche „hidden agenda“?

Wenn ein Unternehmer mehr erreichen will, besinnt er sich auf seine Kernkompetenzen. Wir tun gut, das auch als Land zu tun, ist doch unsere wirtschaftliche Lage derzeit alles andere als komfortabel. Der Vorsprung, der für eine kleine offene Volkswirtschaft viel entscheidender ist als für eine grosse, ist bedrohlich geschmolzen, statt dass er sich angesichts der immer stärkeren Wirtschaftsblöcke vergrössert hätte. Wo also sind die Stärken?

Unsere Wirtschaft ist im Vergleich zu den Volkswirtschaften der EU-Mitgliedstaaten beinahe die am globalsten orientierte. Gemäss dem kürzlich publizierten Globalisierungsindex des renommierten amerikanischen Magazins „Foreign Policy“ rangiert die Schweiz an zweiter Stelle nach Irland, aber noch vor Singapur, den Niederlanden und Schweden. Oder ein anderer Indikator: Die Offenheit unserer Volkswirtschaft oder die sogenannte „Trade Openness“ der Schweiz beläuft sich auf knapp 40%. Zum Vergleich: Die entsprechenden Zahlen für grosse Länder liegen für Deutschland bei 28% oder im Fall der USA bei 12%. Unsere international ausgerichteten Unternehmen beschäftigen im sekundären Sektor bald mehr Mitarbeitende im Ausland als in der Schweiz, auch das ein Beweis für unsere globale Ausrichtung.

Ein grosses Netz internationaler Abkommen unterstützt die aussenwirtschaftspolitische Ausgangslage. Zur Vernetzung gehören zweifellos die WTO, die mittlerweile über 180 Verträge mit der EU, worunter namentlich das Freihandelsabkommen und die letztes Jahr in Kraft getretenen sieben sektoriellen Abkommen, sodann die Freihandelsabkommen im Rahmen der EFTA mit europäischen und aussereuropäischen Ländern, die zahlreichen bilateralen Doppelbesteuerungsabkommen und die Investitionsschutzabkommen. Wir sind also auch unter diesem Aspekt als Schweizer Wirtschaft nicht isoliert, sondern können die Erfolge früherer Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik als Grundlage für die Festigung der Kernkompetenz unserer ausgesprochenen „Globalisierungsstärke“ betrachten.

Am Schluss dieser Lageanalyse steht noch die Frage, in welchen innerschweizerischen Politikfeldern sich nach einem Beitritt zur EU aus Wirtschaftssicht wesentliches verändern würde: *economiesuisse* hat diese Frage in der erwähnten europapolitischen Standortbestimmung ausführlich abgehandelt: Rein wirtschaftlich gesehen würde sich für die meisten Branchen bei einem Beitritt wenig verändern. Drei Bereiche indessen würden schwerwiegende Probleme aufwerfen: Die Geld- und Währungspolitik, die Finanz- und Steuerpolitik und die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

## **2. Handlungsspielraum des Drittlandes Schweiz**

Nach dieser – angesichts der Komplexität der Materie zugegebenermassen summarischen und vielleicht auch einseitigen – Lageanalyse möchte ich mich in einem zweiten Teil mit der Frage des Handlungsspielraumes befassen. Ich unterteile meine Gedanken in je einen Bereich Aussenbeziehungen und Binnenpolitik.

### **2.1 In den Aussenbeziehungen neue Akzente setzen**

Aussenpolitik ist Interessenpolitik. Als Drittland wird unser Gestaltungsspielraum mit zunehmender Integration der EU im Vergleich zu anderen europäischen Staaten grösser. Auch klare Ziele helfen, ihn zu vergrössern. Werfen wir einen Blick auf die Aussenpolitik anderer Staaten. Dann sehen wir, dass eine deutliche Sprache zur Verteidigung der Interessen gehört. Wenn der spanische Ministerpräsident sich im Rahmen der EU-Erweiterung – so wie kürzlich geschehen - äusserte: „Mein Land ist für die EU-Erweiterung, sofern die Subventionen der EU an unser Land in keiner Weise tangiert werden. Ist dies nicht der Fall, sind wir gegen die EU-Erweiterung“, so ist das ein Beispiel für das entsprechende Powerplay. Dass die Schweiz solches selten macht, mag mit dem relativen Gewicht in der weltweiten Politarena zusammenhängen. Es mag auch damit zu tun haben, dass wir es gewohnt sind, im eigenen Land auf Minderheiten Rücksicht zu nehmen und frühzeitig Kompromisse einzugehen.

Die Schweiz hat bisher deutlich unterschieden zwischen Aussenpolitik und Aussenwirtschaftspolitik. Letztere wird durch das erwähnte effiziente Netz an zwischenstaatlichen Verträgen dominiert. Es ermöglicht der Wirtschaft, in einem einigermaßen gesicherten Umfeld zu operieren. Ziel muss es sein, Liberalisierungen des Welthandels voranzutreiben, um in dessen Folge mit Exporten und Importen und mit Direktinvestitionen unsere Präsenz im Ausland zu festigen und die Einflussnahme indirekt zu erhöhen.

Drei Aktionsfelder möchte ich kurz streifen: Die WTO, die Freihandelsabkommen und die bilateralen Verträge mit der EU.

Die WTO steht aus Wirtschaftssicht stark im Vordergrund, gerade weil für die Schweiz als Drittland ausserhalb der EU der Stellenwert dieser Organisation deutlich höher ist als für EU-Mitgliedstaaten. Und auch hier gilt: Unsere Aktionsmöglichkeiten sind als autonomes Land grösser als es als EU Mitgliedland möglich wäre. So können wir unsere Interessen pointierter einbringen als ein Land, das im Konzert mit anderen Ländern vorgehen muss. Wir können auch vermittelnd auftreten und gleichzeitig unsere Interessen vertreten. So ist beispielsweise derzeit ein Schweizer Vorsitzender des WTO-Ausschusses, der sich mit Fragen des Marktzugangs für industrielle Güter befasst. Und das ist für uns ein absolut prioritärer und zentraler Bereich der Doha-Runde.

Die Frage stellt sich, ob wir diesen Spielraum als Drittland auch wirklich voll nutzen. Völlig bejahen kann ich diese Frage nicht, da unser Land im Agrarbereich über wenig Flexibilität verfügt. Von der Wirtschaft aus gesehen könnten wir in Sachen Liberalisierung sehr viel forscher auftreten, wenn wir nicht stets auf die Handelsbarrieren und hohen Subventionen im schweizerischen Agrarbereich Rücksicht nehmen müssten. Bemühend wird es dann, wenn von offiziellen Stellen in der Schweiz, die sich mit Landwirtschaftsfragen befassen, versucht wird, den Eindruck zu erwecken, die WTO und die laufenden Verhandlungen seien für die Schweizer Wirtschaft gar nicht so bedeutend, nur um einen stärkeren Reformdruck in unserer Agrarwirtschaft zu vermeiden. Cancun hat dieser Rechnung einen temporären Strich durch die Rechnung gemacht. Der entstandene Zeitverlust wird die Weltwirtschaft einige hundert Milliarden Dollar kosten.

So wichtig die WTO für die Schweiz ist, verlassen können wir uns auf die Welthandelsorganisation als einziges Instrument der Aussenwirtschaftspolitik nicht. Deshalb ist im Sinne der Ergänzung oder Kompensation der Abschluss von Freihandelsabkommen mit gleichgesinnten Staaten wichtig. Und zwar nicht nur dort, wo die EU auch „am Werk“ ist, sondern auch eigenständig und unabhängig von ihr. Den Handlungsspielraum nutzen heisst eben auch, eine von der EU bewusst unabhängige Aussenwirtschaftspolitik betreiben. Wir können aufgrund unserer liberalen Tradition einen weltoffeneren und liberaleren Kurs fahren als die EU. Wir können deshalb auch in Zukunft nicht nur auf Instrumente wie Anti-Dumping-Verfahren verzichten, sondern auch Initiativen ergreifen, um konkrete Handelserleichterungen einzuführen, beispielsweise in Form einer vollständigen Beseitigung noch existierender Handelsbarrieren für ganze Wirtschaftssektoren, wie Pharma/Chemie, Maschinen, Uhren und Textil. Weitere Öffnungen hätten gleichzeitig noch den Effekt, dass sie den Wettbewerb im eigenen Land stärken und das bei uns überhöhte Preisniveau abbauen helfen.

Und wie nützen wir den Spielraum gegenüber der EU? Haben wir ihn auch? Die Wirtschaft unterstützt bekanntlich den bilateralen Weg. Dieser hat den Vorteil, dass ein Dossier nach dem anderen verhandelt wird, dass Pauschallösungen Individuallösungen weichen können. Mit den Bilateralen I haben wir wichtige Ziele für eine bessere Integration der Schweiz in Europa erreicht. Der Zugang zum Binnenmarkt wurde nachhaltig gesichert und verbessert. Derzeit sind wir aber mit neuen Herausforderungen im Verhältnis zur EU konfrontiert. Ich denke vor allem an die Ausweitung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf die neuen EU-Mitgliedstaaten und die laufen-

den Verhandlungen über die neun Dossiers im Rahmen der Bilateralen II. Es stellt sich die Frage, ob wir unser Potential als Drittland in diesen Verhandlungen mit der EU voll ausschöpfen. Oftmals wird moniert, unsere Unterhändler würden deshalb nicht genügend entschlossen verhandeln, weil der Bundesrat weiterhin das Ziel eines EU-Beitritts verfolge. Trifft das zu? Ich denke nein, denn die Beispiele zeigen, dass der Bundesrat trotz Beitrittsziel unsere Interessen unabhängig vom bestehenden oder geplanten Aquis communautaire verteidigt. Ich denke an die für den Finanzplatz Schweiz so zentrale Frage des Informationsaustausches zwischen Finanzinstituten und Fiskalbehörden einerseits und der Zinsbesteuerung andererseits. Es ist wohl das Verdienst der Schweiz, dass die EU nicht zum integralen Informationsaustausch übergehen konnte, was letztlich im Interesse auch der EU-Bürger ist. Ein anderes positives Beispiel sind die Verhandlungen über die Dienstleistungen im Rahmen der Bilateralen II, wo die EU von der Schweiz die integrale Übernahme des bestehenden Aquis forderte, was eine praktische Teilintegration unseres Landes ohne Mitspracherecht bedeutet hätte. Die Schweiz hätte unter anderem das EU-Gesellschaftsrecht, das EU-Wettbewerbsrecht, die EU-Finanzmarktaufsicht und das EU-Konsumentenrecht übernehmen müssen.

Meine Damen und Herren, ich bin vom bilateralen Weg deshalb überzeugt, weil er die gestalterische Kraft eines Drittlandes in zweierlei Richtungen zur Entfaltung bringt: Einmal in der Verteidigung der schweizerischen Interessen im Sinne einer verbesserten Eurokompetitivität. Wettbewerbsfähig sein heisst nicht gleich gut sein wie der andere, sondern eben besser sein. Und das ist mit Blick auf Standortbedingungen nur möglich, wenn wir unser Geflecht der Aussenwirtschaftsbeziehungen laufend optimieren können. Zum Zweiten liegt die gestalterische Kraft der Schweiz als Drittland aber auch im Interesse der EU: Indem im Herzen Europas ein wirtschaftlich voll integriertes Land über bessere Wettbewerbsbedingungen verfügt, wird sich da oder dort auch die EU unser Land zur Benchmark machen wollen. Der neue Präsident des Europäischen Dachverbandes der Arbeitgeber- und Industrieverbände UNICE/Brüssel und Vorsitzender des Aufsichtsrates BASF AG/Ludwigshafen, Prof. Dr. Jürgen Strube, ermunterte uns denn auch anlässlich eines kürzlichen Besuches in Zürich, die Schweiz möge auch künftig gleich der Unruhe im Herzen der Uhr im Räderwerk Europas wirken. Indem wir im Rahmen des Bilateralismus die Gestaltungsmöglichkeiten extensiv nutzten, würden wir letztlich ganz Europa einen Dienst erweisen. Und er forderte uns auf, uns einzumischen in die Mechanismen und ja nicht weiter der Sucht des autonomen Nachvollzugs zu verfallen. Eurokompatibilität ist in der Tat auch nach unserer Auffassung als generelle Maxime keine gute Option für die Schweiz. In diesem Sinne ist es unseres Erachtens auch falsch, jedes neue Gesetz darauf hin zu untersuchen. Besser wäre es, Vorteile zu ergründen. Denn selbst wenn wir eines Tages der EU beitreten wollen, so ist das in der dannzumal so gross gewordenen EU zu annehmbaren Bedingungen nur aus einer Position der ausgesprochenen Stärke heraus möglich. Könnte die Schweiz in wirtschafts- und sozialpolitischen Dingen nicht auch zu einer Art Gewissen Europas werden? Zumal einzig hier die Details der Gesetzgebung über einen exemplarisch hohen Grad direkt-demokratischer Legitimation verfügen. Unsere demokratischen Prozesse, im Verein mit dem Föderalismus und dem Prinzip der Subsidiarität sorgen im Übrigen dafür, dass die zur Uniformität neigende EU-Kommission indirekt erfolgreiche Alternativen im Herzen Europas erkennt. Zumindest wirtschaftsnahe Kreise in der EU müssen mit Sicherheit an einer betont optimierenden Politik eines Aussenseiters wie der Schweiz Gefallen finden, da nicht nur Druck von innen, sondern auch Druck von aussen das EU-interne Reformpotenzial steigert. Die Aufgabe für unsere Diplomatie ist indessen nicht einfach. Die EU wird uns mit Nadelstichen zu verunsichern wissen.

Wir werden uns dagegen wehren im Bewusstsein, dass es immer noch besser ist, Nadelstiche auszuhalten, als auf die uns zur Verfügung stehende Manövriermasse zu verzichten.

## 2.2. Die Wettbewerbsfähigkeit von innen heraus verbessern

Nun zum Binnenbereich Schweiz. Denn von hier muss letztlich das, was ich „gestalterische Kraft des Drittlandes Schweiz“ genannt habe, ausgehen. Nur wenn wir schneller wachsen als die EU, nur wenn unser Unternehmertum blüht, nur wenn wir Vorbildfunktion im wirtschaftlichen, sozialen und im Bildungsbereich haben, nur dann werden wir verhandlungsstark. Die Vorzüge unseres föderalistisch aufgebauten und direktdemokratisch geprägten Staatswesens habe ich bereits erwähnt. Ebenso Pluspunkte wie unser nicht nur deklariertes, sondern auch weitgehend gelebtes Subsidiaritätsprinzip und der Wettbewerb zwischen den unteren staatlichen Einheiten. In der öffentlichen Diskussion übersehen und in der politischen Debatte herabgespielt wird jedoch etwa, dass unser politisches System im Falle eines Beitrittes zur EU deutlich verändert werden müsste. In seinem Integrationsbericht von 1999 hat der Bundesrat diese Frage denn auch praktisch vollständig ausgeblendet. Die direkte Demokratie auf Bundesstufe wäre aber in gewissen Teilen mit den Vorgaben der EU kaum vereinbar. Man muss sich nur vorstellen, über welche Vorlagen das Schweizer Volk in den vergangenen Jahren abgestimmt hat und wie diese mit dem *Acquis communautaire* in Einklang gebracht werden. Grob gesagt geht es darum, dass der Schweizer Bürger wohl weiterhin abstimmen könnte, dass aber die Abstimmungsergebnisse bezüglich EU-Kompatibilität relativiert werden müssten. Auch eine Staatsleitungsreform, welche diesen Namen verdient, und mehr als Kosmetik ist, wäre aller Voraussicht nach unumgänglich. Die Krux liegt nun aber darin, dass es der Politik schwer fallen dürfte, dem Schweizer Stimmbürger beliebt zu machen, Volksrechte einzuschränken. Bis jetzt verlief der Zug in der Schweiz in die andere Richtung. Auch aus EU-Sicht wäre es wohl nicht ganz unproblematisch, ein Mitgliedland zu haben, dessen politisches System in weiten Teilen nicht nur fremdartig ist, sondern möglicherweise auch politische Abläufe in der EU-Politik in Frage stellen könnte. Man erinnere sich nur an die Bedenken Brüssels, wenn es in einzelnen Mitgliedstaaten gelegentlich zu Referenden kommt. Der Fall Dänemark lässt grüssen. Diese Bemerkungen sollen aber keineswegs so ausgelegt werden, als ob Reformen in unserer Innenpolitik nicht sinnvoll oder gar erwünscht wären. Reformwille kommt in der Schweiz nicht so sehr „von oben“ als „von unten“ und muss zuerst gedeihen, und das aus der Position der Stärke heraus und nicht als Folge eines wirtschaftspolitischen Sanierungsversuchs einer von aussen aufgezwungenen Anpassung. Es ist aber auch unredlich, den Beitritt schon heute zu befürworten und sich der Liberalisierung in den Bereichen zu widersetzen, welche mit einem Beitritt zu liberalisieren wären, denken wir nur an die Netzinfrastrukturen.

Mein letzter Punkt der Analyse des Handlungsspielraums eines Drittlandes betrifft die nationale Wirtschaftspolitik unseres Landes beziehungsweise die Standortpolitik. Die Frage der optimalen Rahmenbedingungen für die sich in einem harten globalen Wettbewerb befindende Wirtschaft wird nach unserem Ermessen von der hiesigen Politik leider mit viel zu wenig Entschlossenheit angegangen. Der interne Reformbedarf in diesem Bereich ist sehr gross. *economiesuisse* hat bereits verschiedentlich aufgezeigt, was zu tun wäre, um den Wirtschaftsstandort Schweiz nachhaltig zu stärken. Es geht dabei um so wichtige Bereiche, wie die schweizerische Finanz- und Steuerpolitik, die Bildungspolitik, die Infrastrukturpolitik, die Wettbewerbspolitik etc.

Vorschläge liegen auf dem Tisch. An dieser Stelle geht es aber in erster Linie um die Frage, was ein Drittland binnenwirtschaftlich besser machen kann. Wo besteht der zusätzliche Handlungsspielraum unseres Landes gegenüber einem EU-Mitgliedstaat? Diesbezüglich sei erneut an die drei Bereiche erinnert, wo wir bis anhin über wirkliche Pluspunkte verfügen, nämlich die Geld- und Währungspolitik, die Finanz- und Steuerpolitik und die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Diese Pluspunkte sind aber – zumindest im Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik - weniger denn je gesichert. Indes besteht in der Finanz- und Steuerpolitik Spielraum, mit dem die hohe Staatsquote gesenkt werden kann. Hier wie in der Sozialpolitik ist Handlungsbedarf vorhanden, vor allem auch angesichts der sich akzentuierenden demographischen Gegebenheiten und den Korrekturmassnahmen, welche in der EU zum Teil energisch angegangen werden. Gelingt dies nicht, kommen wir in eine Negativspirale, nicht nur für die Unternehmungen. Der Handlungsspielraum als Drittland erfolgreich zu bestehen wird kleiner.

### **3. Schlusswort**

Damit komme ich zum Schluss meiner Ausführungen. In Wirtschaftskreisen gehen wir von der Annahme aus, dass unser Land noch auf Jahre hinaus nicht der EU beitreten wird. Dies bedingt, die gestalterische Kraft als Drittland zu nutzen, welche nicht nur im Verhältnis zur EU mit dem bilateralen Weg, sondern auch im Rahmen der WTO – und hier vor allem auch durch eine bessere Gewichtung der Exportinteressen gegenüber der Agrarwirtschaft - und im Bereich der Freihandelsabkommen in reichem Masse vorhanden ist. Es ist falsch, stets nach Brüssel zu schießen und in eine Art Imitationssucht zu verfallen. Europa ist zwar ein wichtiger Massstab, aber in der globalisierten Wirtschaft nicht der einzige. Die Wettbewerbsfähigkeit steigern und damit Wachstum zu schaffen, ist die beste Voraussetzung für die Erhöhung des Handlungsspielraums. Umgekehrt verkleinert „Heimatschutz“, wie er oftmals von strukturkonservativen Kreisen und NGO postuliert wird, unseren Spielraum. Als Unruhe inmitten des Uhrwerks Europa haben wir aber auch eine wichtige Funktion im Interesse Europas, ja wir haben die Chance, in manchen Bereichen zu dessen Gewissen zu werden. Die Voraussetzungen, dass wir vermehrt über Handlungsspielraum verfügen, schaffen wir aber im Inland. Hier ist unsere Politik gefordert. Die Sanierung der Bundesfinanzen, verbunden mit einer modernen Steuerpolitik, die Verbesserungen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Öffnung der Infrastrukturmärkte, Verschärfung des Wettbewerbsrechts und Durchsetzung eines intensiveren Wettbewerbs im Binnenmarkt sowie Abbau KMU-feindlicher Überregulierungen sind die Stichworte. Wir müssen uns in Zukunft noch bewusster werden, dass alle diese Fragen miteinander verknüpft und - nur wenn sie gesamthaft angegangen werden - ziel führend sind. Unseren Partnern im Ausland möchten wir sagen, dass unser Land keinesfalls ein Verweigerungsland ist. Im Gegenteil: Wir sind offen für Kontakte, für Verbesserungen, für intensivere Beziehungen, aber wir wollen in Freiheit entscheiden, wann und wo wir agieren und mit wem wir zusammengehen wollen. Wir sind nicht Neinsager gegenüber der Europäischen Union. Doch das Angebot der Union wird um so attraktiver sein, je mehr man unseren Besonderheiten Rechnung trägt. Eine innerlich starke und wirtschaftlich kompetitive Schweiz ist für die EU der interessanteste Partner.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.